



Evangelische Volkspartei  
Kanton Solothurn



André Wyss  
Kantonsrat Solothurn

## Sessionsbericht 11./12./19. Dezember 2018

Die Dezember-Session war geprägt vom [Budget 2019](#). Die Mehrheit der Fraktionen zeigte sich dazu zurückhaltend positiv. Irgendwie weiss man aber nicht so recht, was davon zu halten ist. Es ist eine Frage der Sichtweise: In Anbetracht der in den vergangenen Jahren getätigten Anstrengungen, welche dafür sorgten, dass immerhin ein operativer Überschuss von 44 Mio. Franken prognostiziert wird, darf das Budget durchaus als «gut» angesehen werden.

Werfen wir aber den Blick auf die aktuelle Verschuldung des Kantons (von rund 5'400 Franken pro Kopf) oder auf die aufgrund der anstehenden Steuervorlage 17 drohenden, massiven Verluste in den kommenden Jahren, so relativiert sich das vorliegende Resultat. Wenn es nicht gelingt, in einem solchen Jahr, welches an sich keine grossen, speziellen Faktoren aufweist, die

Schulden abzubauen, so stellt sich die Frage: wann dann? Die nächste Generation wird die Zeche einmal zu bezahlen haben.

Schlussendlich wurde das Budget 2019 mit einem Gewinn von 17 Mio. Franken verabschiedet, dies bei gleichbleibendem Steuersatz (natürliche Personen 104% und juristische Personen 100%). Die geplanten Nettoinvestitionen belaufen sich auf 146 Mio. Franken.

Bei der Budgetdebatte gilt allerdings zu berücksichtigen, dass ein Grossteil des Budgets aufgrund der sogenannten gebundenen Ausgaben an sich gegeben ist. Es ist zwar möglich, Kürzungen vornehmen, diese sind aber meist nur rein kosmetischer Natur und bringen faktisch nicht viel bis gar nichts – denn die Ausgaben müssen aufgrund gesetzlicher Vorgaben schlussendlich dennoch getätigt werden. Soll das Budget bzw. die Rechnung wirklich verbessert werden, so muss dies aufgrund von Gesetzes- bzw. Verordnungsänderungen geschehen.

Diskutiert und beschlossen wurde die [Totalrevision des Gesundheitsgesetzes](#). Dieses wurde ohne grosse Diskussionen genehmigt, was sicherlich daran liegt, dass keine revolutionären Änderungen enthalten sind. Am meisten zu diskutieren gab die Frage, ob das Verbot für den Verkauf von Tabakwaren auf 18 Jahre erhöht werden soll oder nicht. Dem stimmte ich und eine Mehrheit schlussendlich zu.

Geändert wurde auch das [Strassengesetz](#): Bisher war es so, dass bei Sanierungen der Kantonsstrassen die betroffenen Gemeinden einen Teil mitfinanzieren mussten. Neu übernimmt der Kanton die gesamten Kosten. Für den Kanton bedeutet dies einen zusätzlichen Mehraufwand von ca. 6 – 9 Mio. Franken pro Jahr; umgekehrt werden die Gemeinden entsprechend entlastet. Dafür aber hat der Kanton neu den Vorteil, die Projekte komplett eigenständig umsetzen zu können und muss nicht mehr mit Widerständen der Gemeinden rechnen.

Traditionell wird in der letzten Session des Jahres der/die [neue Kantonsratspräsident/in](#) gewählt. Verena Meyer (FDP) hat die volle Stimmzahl erhalten und präsidiert somit im nächsten Jahr. Als 1. Vize nachgerutscht ist Daniel Urech (Grüne), als 2. Vize wurde Hugo Schumacher (SVP) gewählt. Ich gratuliere diesen drei Personen herzlich zu ihrer Wahl!

Die nächste Session findet am 29./30. Januar 2019 statt.

### Persönlich

Neben dem Budget hatte meine Interpellation **«Schuldenberatung»** noch Platz und wurde debattiert. Alle Parteien haben den Vorstoss wohlwollend aufgenommen. Die Basis für den Ausbau der Schuldenberatung ist somit gelegt.

Aktuell schreibt der Kanton jährlich 16 Mio. Franken Steuerschulden ab. Nimmt man die Ausfälle auf Bundes- und Gemeindeebene dazu, so dürften die Steuerverluste kantonsweit bei insgesamt rund 35 Mio. Franken liegen. Nicht eingerechnet sind weitere Ausfälle, welche der Kanton als Folge der überschuldeten Haushalte zu tragen hat (wie z.B. für die Deckung von offenen Krankenkassenprämien). Dazu kommen die sozialen Folgen. Der Gesamtnutzen einer erfolgreichen Schuldensanierung oder auch einer verhinderten Überschuldung ist deshalb enorm.

Mein erstes **«Lehrjahr»** im Kantonsrat ist zu Ende. Es war eine intensive, aber schöne, spannende und für mich sehr lehrreiche Zeit. Im neuen Jahr werde ich sogleich wieder gefordert sein, wenn es um die Steuervorlage 17 geht.

*André Wyss*